



Samstag, 28. Februar 2026, 15:58 Uhr
~7 Minuten Lesezeit

Grundversorgung unter Vorbehalt

Strom, Wasser und Internet sind in Deutschland keine Selbstverständlichkeit mehr.

von Günther Burbach
Foto: Pormezz/Shutterstock.com

*Lange galt Grundversorgung als etwas Unantastbares.
Strom, Wasser, Wärme, später auch Internet – Dinge,*

die nicht diskutiert wurden, weil ohne sie ein modernes Leben kaum möglich ist. Genau deshalb ist es politisch brisant, dass diese Selbstverständlichkeit schleichend verschwindet. Nicht durch offene Abschaltung, nicht durch Gesetze, sondern durch Bedingungen. Zugang gibt es noch, aber immer öfter nur unter Vorbehalt.

Die zentrale Voraussetzung heißt Bonität. Wer zahlen kann, bekommt Versorgung. Wer schwankt, zahlt mehr. Wer ausfällt, verliert den Zugang. Diese Logik ist im Kern marktwirtschaftlich, wirkt aber dort zerstörerisch, wo sie auf existenzielle Güter angewendet wird. Strom ist kein Luxus. Wasser ist kein Produkt wie jedes andere. Internet ist längst keine Spielerei mehr, sondern Voraussetzung für Teilhabe, Verwaltung, Arbeit und Bildung.

Trotzdem werden diese Bereiche zunehmend wie normale Waren behandelt. Tarife werden gestaffelt, Risiken eingepreist, Vorauszahlungen verlangt. Wer als unsicher gilt, zahlt Aufschläge oder muss in Vorleistung gehen. Abschläge steigen nicht wegen tatsächlichen Verbrauchs, sondern wegen prognostizierter Zahlungsrisiken. Damit kehrt sich ein Grundprinzip um: Nicht der reale Bedarf entscheidet, sondern die finanzielle Einschätzung des Kunden.

Besonders deutlich zeigt sich das bei Energie. Menschen mit knappen Einkommen zahlen oft höhere Abschläge als andere, nicht weil sie mehr verbrauchen, sondern weil Versorger sich absichern.

Prepaid-Modelle, Sicherheitsleistungen, verkürzte Zahlungsfristen sind längst keine Ausnahme mehr. Wer

wenig hat, zahlt früher, häufiger und oft teurer. Wer nicht mithalten kann, rutscht schneller in Rückstände, ein selbstverstärkender Kreislauf.

Wasser, lange als letzte Bastion der Daseinsvorsorge betrachtet, folgt zunehmend ähnlichen Mustern. Gebühren steigen, Grundpreise werden erhöht, variable Kosten verlagert. Auch hier trifft es Haushalte mit geringem Einkommen überproportional. Wer sparen muss, spart nicht am Tarif, sondern am Verbrauch, mit Folgen für Hygiene, Gesundheit und Würde. Dass Wasser in einem reichen Land wieder zur Kostenfrage wird, ist kein Naturgesetz, sondern eine politische Entscheidung.

Am drastischsten ist die Entwicklung beim Internet. Offiziell gilt es als Teil der öffentlichen Grundversorgung. In der Praxis ist der Zugang abhängig von Verträgen, Bonitätsprüfungen und Zahlungsfähigkeit. Wer Schulden hat oder als riskant eingestuft wird, bekommt keinen Anschluss oder nur teure Alternativen. Prepaid-Tarife sind oft schlechter ausgestattet, instabiler und langfristig teurer. Digitale Teilhabe wird zur Frage des Kontostands.

Diese Mechanismen treffen nicht zufällig immer dieselben Gruppen: Alleinerziehende, Menschen mit niedrigen Löhnen, prekär Beschäftigte, Rentner mit knappen Bezügen. Wer ohnehin am Rand kalkuliert, wird durch Grundversorgungskosten weiter unter Druck gesetzt.

Es ist keine offene Ausgrenzung, sondern eine schleichende Selektion. Versorgung gibt es, aber nicht mehr bedingungslos.

Besonders perfide ist, dass diese Entwicklung oft als Rationalisierung verkauft wird. Versorger sprechen von Risikomanagement, von wirtschaftlicher Notwendigkeit, von fairer Kostenverteilung. Was dabei verschwiegen wird: Risiken werden nicht gleichmäßig verteilt, sondern nach unten durchgereicht. Wer

stabil verdient, spürt wenig. Wer schwankt, zahlt den Preis, im wörtlichen Sinn.

Hinzu kommt eine stille Verschiebung der Verantwortung. Versorgungsausfälle gelten nicht mehr als Systemversagen, sondern als individuelles Problem. Wer abgeschaltet wird, hat angeblich falsch gewirtschaftet. Wer keinen Anschluss bekommt, gilt als unsicherer Kunde. Damit verschwindet die politische Dimension hinter moralischen Zuschreibungen. Armut wird zur Charakterfrage, nicht zur Strukturfrage.

Diese Logik greift tief in den Alltag ein. Stromsperren bedeuten nicht nur Dunkelheit, sondern den Verlust von Kühlung, Kommunikation, oft auch von Arbeit. Kein Internet heißt: keine Bewerbungen, keine Behördengänge, kein Zugang zu Informationen. Grundversorgung wird zur Eintrittskarte für gesellschaftliche Teilhabe, und wer sie verliert, fällt schneller aus allem heraus.

Was hier entsteht, ist ein System der gestuften Daseinsvorsorge. Ein Minimum für alle, bessere Bedingungen für Zahlungsfähige, Risiken und Zusatzkosten für die Schwächeren.

Formal ist niemand ausgeschlossen. Faktisch aber entscheidet Geld darüber, wie sicher, stabil und verlässlich Grundversorgung ist. Das ist keine Randerscheinung, sondern ein struktureller Wandel.

Wie Politik, Regulierung und Märkte Verantwortung verschieben und warum das kaum Widerstand erzeugt

Dass Strom, Wasser und Internet zunehmend an Zahlungsfähigkeit gekoppelt werden, ist kein Betriebsunfall einzelner Versorger. Es ist

das Ergebnis einer politischen Architektur, die Daseinsvorsorge schrittweise in marktförmige Logiken überführt hat, ohne die sozialen Folgen abzusichern. Der entscheidende Punkt dabei ist nicht Privatisierung im klassischen Sinn, sondern Regulierung durch Unterlassung.

Über Jahre hinweg wurden Versorger angehalten, wirtschaftlich zu arbeiten, Risiken zu minimieren und Ausfälle zu vermeiden. Gleichzeitig zog sich der Staat aus der aktiven Verantwortung zurück, indem er soziale Ausgleichsmechanismen nicht mitentwickelte. Das Ergebnis ist ein System, das betriebswirtschaftlich plausibel funktioniert, gesellschaftlich aber destruktiv wirkt. Risiken werden nicht kollektiv getragen, sondern individualisiert.

Energieversorger kalkulieren heute nicht mehr nur nach Verbrauch, sondern nach Zahlungsprofilen. Abschläge orientieren sich an Prognosen, nicht an tatsächlicher Nutzung. Wer als unsicher gilt, zahlt mehr oder muss vorleisten. Diese Praxis ist rechtlich zulässig, politisch geduldet und sozial hoch problematisch. Sie verlagert finanzielle Unsicherheit genau dorthin, wo sie am wenigsten abgedeckt werden kann.

Kommunen und öffentliche Träger spielen dabei eine ambivalente Rolle. Einerseits sind sie formal für Daseinsvorsorge zuständig, andererseits agieren viele kommunale Unternehmen längst nach marktwirtschaftlichen Kriterien. Haushaltszwänge, Schuldenbremsen und Renditeerwartungen haben die politische Steuerung ausgehöhlt. Grundversorgung wird verwaltet, nicht mehr garantiert.

Besonders sichtbar wird dieser Widerspruch bei Strom- und Wassersperren. Sie sind rechtlich möglich, administrativ geregelt und gesellschaftlich weitgehend akzeptiert. Dass in einem wohlhabenden Land Haushalte von Strom oder Wasser getrennt

werden, gilt als bedauerlich, aber normal. Die politische Debatte bleibt aus, weil die Maßnahme als individuelle Konsequenz dargestellt wird, nicht als systemisches Versagen.

Ähnlich verhält es sich beim Internet. Obwohl politische Programme seit Jahren die digitale Teilhabe beschwören, wird der Zugang faktisch privatisiert. Bonitätsprüfungen entscheiden darüber, ob Menschen überhaupt einen Anschluss erhalten. Wer keinen Vertrag bekommt, ist nicht offline aus freier Wahl, sondern ausgeschlossen. Dennoch wird diese Form der Ausgrenzung selten als soziale Ungerechtigkeit thematisiert, sondern als Marktlogik akzeptiert. Der Grund dafür liegt in der Fragmentierung der Betroffenen. Stromsperren treffen einzelne Haushalte. Kein Internetanschluss betrifft einzelne Familien. Hohe Abschläge belasten einzelne Personen. Es entsteht kein kollektives Ereignis, kein sichtbarer Bruch. Die Probleme bleiben privat, vereinzelt, leise. Genau das schützt das System vor politischem Druck.

Hinzu kommt eine moralische Erzählung, die tief verankert ist: Wer seine Rechnungen nicht bezahlt, trägt selbst die Verantwortung. Diese Erzählung blendet strukturelle Ursachen aus, etwa niedrige Einkommen, steigende Fixkosten, unsichere Beschäftigung.

Sie reduziert soziale Ungleichheit auf individuelles Fehlverhalten und entlastet Politik und Institutionen. Diese Verschiebung ist politisch bequem. Sie erlaubt es, soziale Härten als Einzelfälle zu behandeln und zugleich die marktförmige Organisation der Grundversorgung beizubehalten. Eingriffe würden Geld kosten, Konflikte erzeugen und grundlegende Fragen aufwerfen: Soll Grundversorgung wirklich nach Marktlogik organisiert sein? Und wenn ja, wie schützt man diejenigen, die im Markt verlieren?

Statt diese Fragen zu stellen, setzt man auf Reparaturmaßnahmen. Schuldnerberatungen, Härtefallfonds, zeitlich begrenzte

Sperrpausen. Diese Instrumente lindern Symptome, ändern aber nichts an der Struktur. Sie greifen erst, wenn der Schaden bereits eingetreten ist. Prävention findet kaum statt.

Langfristig erzeugt dieses System eine neue Form sozialer Spaltung. Nicht mehr nur Einkommen entscheidet über Lebensqualität, sondern die Stabilität des Zugangs zu Grundversorgung. Wer sicher versorgt ist, lebt planbar. Wer ständig um Abschlüsse, Sperrandrohungen oder Vertragsverlängerungen fürchten muss, lebt unter Vorbehalt. Diese Unsicherheit wirkt zermürend und politisch destabilisierend. Dabei geht es nicht um Luxusansprüche. Es geht um die elementaren Voraussetzungen eines selbstbestimmten Lebens. Ohne Strom, Wasser und Internet ist gesellschaftliche Teilhabe eingeschränkt. Wer hier selektiert, selektiert nicht am Rand, sondern im Kern der Gesellschaft.

Dass dieser Zustand kaum Widerstand hervorruft, liegt auch daran, dass Alternativen selten sichtbar gemacht werden. Es gibt Modelle öffentlicher Garantien, sozialer Grundkontingente, verbrauchsabhängiger statt bonitätsabhängiger Abrechnung. Sie werden jedoch kaum diskutiert, weil sie das bestehende Gefüge infrage stellen würden.

Am Ende bleibt ein System, das sich selbst legitimiert: Es funktioniert betriebswirtschaftlich, es produziert keine Schlagzeilen, und es verschiebt Verantwortung nach unten. Doch gesellschaftlich ist der Preis hoch: Grundversorgung verliert ihren Charakter als Recht und wird zur Dienstleistung mit Bedingungen.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob sich dieses System rechnet, sondern für wen. Solange Politik diese Frage nicht stellt, wird Grundversorgung weiter unter Vorbehalt stehen – verfügbar, aber nicht verlässlich. Und damit genau das verlieren, was sie einmal ausgemacht hat: ihre Selbstverständlichkeit.



Günther Burbach, Jahrgang 1963, ist Informatik Kaufmann, Publizist und Buchautor. Nach einer eigenen Kolumne in einer Wochenzeitung arbeitete er in der Redaktion der Funke Mediengruppe. Er veröffentlichte vier Bücher mit Schwerpunkt auf Künstlicher Intelligenz sowie deutscher Innen- und Außenpolitik. In seinen Texten verbindet er technisches Verständnis mit gesellschaftspolitischem Blick — immer mit dem Ziel, Debatten anzustoßen und den Blick für das Wesentliche zu schärfen.